



# **Die Freie Hansestadt Bremen**

**B u n d e s l a n d   B r e m e n :  
B r e m e n s   E i g e n s t ä n d i g k e i t   w i r d  
w i e d e r h e r g e s t e l l t**

Herausgegeben vom Senat der Freien Hansestadt Bremen, Presse & Information

Redaktion: Gabriele Brünings, [gabriele.brueenings@sk.bremen.de](mailto:gabriele.brueenings@sk.bremen.de), 0421/3614102

Stand: Oktober 2006



## **1947: Bremens Eigenständigkeit wird wiederhergestellt**

Wie ein roter Faden zieht sich das Ringen um Selbständigkeit durch die bremische Geschichte. Es gibt eine Reihe historischer Daten, die in besonderer Weise daran erinnern. So feierte Bremen 1996 die 350. Wiederkehr des Linzer Diploms, mit dem 1646 die Reichsfreiheit besiegelt wurde. Für die jüngere Geschichte freilich ist der 21. Januar 1947 bedeutsam. An diesem Tag nämlich erfolgte - aufgrund einer Übereinkunft zwischen der amerikanischen und der britischen Militärregierung - die Bildung eines selbständigen Landes Bremen - rückwirkend zum 1. Januar. Es war die „Proklamation No. 3“ der US-Militärregierung, mit der keine zwei Jahre nach Kriegsende die bremische Eigenständigkeit wiederhergestellt wurde. Unterzeichnet wurde dies für Bremen so wichtige Dokument von Joseph T. McNarney, Kommandierender General der amerikanischen Streitkräfte in Europa und US-Militärgouverneur für Deutschland.

Die Proklamation verfügte, dass ein „von nun an als Land bezeichnetes und unter einer Landesregierung stehendes Verwaltungsgebiet gebildet wird: Bremen - bestehend aus der Stadt Bremen, dem Landgebiet Bremen und dem Stadtkreis Wesermünde, einschließlich Bremerhaven“.

Das klingt kompliziert. Man muss sich zum Verständnis vergegenwärtigen, dass die Nationalsozialisten der Stadt Bremen 1934 die Selbständigkeit genommen hatten. Sie wurde gemeinsam mit Oldenburg einem Reichsstatthalter unterstellt, Bremerhaven hingegen 1939 in die preußische Stadt Wesermünde eingegliedert. Mit der Verordnung vom 22. Januar 1947 wurde also klargestellt, dass Wesermünde/Bremerhaven künftig zum Land Bremen gehören sollte. Genau dies wurde am 7. Februar 1947 vollzogen, als die Stadtvertreter von Wesermünde im Rahmen eines Festaktes für die Eingliederung in das Land Bremen votierten und einstimmig beschlossen, das Gesamtgebiet Wesermünde und Bremerhaven künftig Bremerhaven zu nennen. Am gleichen Tag wurden auch 20 Ratsmitglieder gewählt, die als Abgeordnete die Interessen Bremerhavens in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sollten.

Die Bedeutung dieses Festaktes für die Geschichte Bremerhavens und die des Landes Bremen ist ein halbes Jahrhundert später gebührend gewürdigt werden - mit einer festlichen Veranstaltung am 7. Februar 1997.



Das Bild, das die Städte Bremen und Wesermünde (mit Bremerhaven, Geestemünde und Lehe) bei Ende des Zweiten Weltkrieges boten, unterschied sich nicht von dem der meisten deutschen Großstädte - es war das Bild einer Trümmerwüste. Bremen war zu 59 Prozent, Bremerhaven zu 56 Prozent zerstört, als am 26. April 1945 britische Truppen die Stadt Bremen endgültig einnahmen und am 7. Mai Wesermünde besetzten. Noch am selben Tag machten sie den amerikanischen Truppen Platz. Denn bereits 1944 war vereinbart worden, eine amerikanische Enklave um die Städte Bremen und Wesermünde zu bilden, um den USA im britischen Besatzungsgebiet eigene Häfen zur Versorgung ihrer in Süddeutschland stationierten Truppen zu sichern.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Militärregierung bestand in den ersten Wochen nach Kriegsende darin, einen Senat aus politisch unbelasteten Personen zu bilden. Am 6. Juni 1945 trat zum ersten Mal der von der Militärregierung bestellte Senat für die Freie Hansestadt Bremen zusammen. An einem langen Tisch saßen sich die Senatoren und die für die einzelnen Ressorts zuständigen Besatzungsoffiziere gegenüber, denn jedem Senator war ein amerikanischer Berater zur Seite gestellt worden, dessen Zustimmung bei allen Entscheidungen einzuholen war. Am 1. August 1945 wurde Wilhelm Kaisen (Interimbürgermeister Dr. Erich Vagts war abgelöst worden) als Präsident an die Spitze des Senats berufen, Dr. Theodor Spitta als sein Stellvertreter. In Wesermünde wurde an Stelle von Dr. Walter Delius Dr. Helmuth Koch als kommissarischer Oberbürgermeister, Gerhard van Heukelum als sein Stellvertreter bestimmt.

Die Militärregierung stellte dem Senat am 6. April 1946 durch Ernennung ein Parlament mit der alten Bezeichnung „Bürgerschaft“ zur Seite, dessen Mitglieder von den Parteien, den Gewerkschaften, der Handelskammer und der Kreisbauernschaft vorgeschlagen worden waren. Ähnlich war in Wesermünde durch die Ernennung von 40 Mitgliedern eines vorläufigen Stadtrates am 20. März 1946 verfahren worden. Damit traten - unter strenger Aufsicht der Besatzungsmacht - neue zivile Verwaltungen samt ihren Kontrollkörperschaften ins Leben - und sahen sich einer Fülle schwerer Aufgaben gegenüber. Auf Anordnung der Militärregierung wurden Verfassungen erlassen - für Wesermünde am 6. Juni 1946, für Bremen am 4. Juli.



Es dauerte nicht lange, bis die von der Militärregierung eingesetzte Bürgerschaft durch ein frei gewähltes Parlament ersetzt wurde. Am 13. Oktober 1946 war es soweit, und am 28. November wählte die Bremische Bürgerschaft in einer feierlichen Sitzung erstmals seit der Zeit vor 1933 wieder ihren Senat. Dieser wählte Wilhelm Kaisen als Bürgermeister und Präsidenten des Senats.

Daß Bremen seine Eigenständigkeit als Bundesland wiedererlangte, ist gewiss dem unermüdlichen Engagement Kaisens in dieser Sache zu verdanken, der immer wieder seine Argumente vortrug. So verwies er unter anderem auf die überregionale Bedeutung Bremens und die Notwendigkeit der „Reichsunmittelbarkeit“ Bremens als eines im Dienste des gesamten deutschen Staates tätigen Hauptplatzes für den deutschen Überseehandel. „Manches spricht dafür, daß bereits mit der Errichtung der Enklave Bremen eine wesentliche Vorentscheidung getroffen war, auf deren Basis letztlich die selbständige Existenz Bremens wiederhergestellt und gesichert wurde“, heißt es im „Handbuch der Bremischen Verfassung“ (1991): Doch es habe erheblicher Anstrengungen bedurft, um den Argumenten Bremens Gehör zu verschaffen. Mit dem Übereinkommen der amerikanischen und der britischen Militärregierung vom 22. Januar 1947 war die Bildung eines selbständigen Landes Bremen besiegelt. Zugleich wurde die Eingliederung von Wesermünde in das Land Bremen verfügt.

Die neue Situation machte eine Verfassungsangleichung notwendig. Eine Entscheidung der amerikanischen Militärregierung übertrug diese Aufgabe der Bürgerschaft, die damit die Funktion einer Verfassungsgebenden Versammlung übernahm. Die Bürgerschaft nahm in der Abstimmung am 18. September 1947 die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einschließlich der geänderten Artikel mit großer Mehrheit an. Sie wurde am 12. Oktober einem Volksentscheid unterworfen, der ebenfalls eine deutliche Mehrheit für die Verfassung ergab. Mit dem Volksentscheid waren Wahlen zur Bürgerschaft verbunden, an denen erstmals auch die Bevölkerung Bremerhavens teilnahm.

Mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1947 wurde das Land Bremen zum Bundesland.